

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. in voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Postzuschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltigen Konversationsblätter über deren Namen kostet 5,- M. einschließlich Kreuzungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Kreuzungszuschlag. Konkrete Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anfragen 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anfragen in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Druckerei: Zentrum 2030, 2045, 4518 4603, 4635, 4642, 4624.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das russische Friedensprogramm

Tschitscherin über die allgemeine politische Lage

M. Moskau, 7. September.

Tschitscherin gewährte einem englischen Korrespondenten eine Unterredung über die allgemeine politische Lage. In erster Linie verteidigte er die Politik der Sowjetregierung bei den Friedensverhandlungen, wobei er darauf hinwies, daß, seitdem Sowjetrußland die Forderungen über die Errichtung einer Arbeitermiliz hat fallen lassen, kein einziges Hindernis mehr für den Frieden bestehe, und daß der Frieden leicht zustande kommen könne, wenn nur die englische Regierung die Sowjetdiplomatie unterstütze, wozu sie in Übereinstimmung mit ihren eigenen Erklärungen verpflichtet sei. Jedenfalls kann Tschitscherin sich nicht vorstellen, daß die britische Regierung in der Frage der Grenzregulierung von der in der feierlichen Erklärung des Obersten Rates festgestellten Curzonlinie einen anderen Standpunkt einnehmen könne. Eine Erklärung Englands in dieser Richtung würde im gegenwärtigen Augenblick von höchstem Werte sein, da Polen von Frankreich unterstützt werde und sich ungewidert weigere, das gutzuheißen, was tatsächlich bei den Friedenspräliminarien bereits angenommen worden war. Es könne keine andere Lösung der territorialen Fragen geben, als die Unabhängigkeit der Ukraine und Weißrußlands zu gewähren.

Auf die Frage, ob die Sowjetregierung den Polen die Forderung stellen werde, ein Referendum in diesen Gebieten abzuhalten, antwortete Tschitscherin, das ukrainische Volk habe bereits zweimal durch Vermittlung der Sowjets seinen Willen Ausdruck gegeben und auch Weißrußland habe dies bereits zweimal getan. Tschitscherin erklärte, wir ziehen ein Referendum durch Vermittlung der Sowjets vor. Bezüglich Ost-Galiziens erklärte Tschitscherin, Galizien sei für Sowjetrußland von keinem besonderen Interesse. Hierüber bestehe aber eine große Meinungsverschiedenheit zwischen Rußland und Frankreich. England weigere sich demnach, Lemberg an die Polen zu geben, während die polnische Regierung, unterstützt von Frankreich und vermutlich von den französischen Petroleuminteressenten darauf bestehe, Ost-Galizien zu erhalten. Tschitscherin würde eine deutliche Erklärung der englischen Politik auch hierüber begrüßen und eine solche Erklärung würde viel dazu beitragen, Polen zu bewegen, Gegenvorschläge einzuleiten, wodurch das größte Hindernis bei den Friedensverhandlungen wegsallen würde.

In den Erklärungen Tschitscherins ist vor allem von Bedeutung, daß nach russischer Auffassung kein einziges Hindernis mehr für den Frieden besteht, da sich die Sowjetregierung vollkommen auf den Boden jener Forderungen gestellt hat, die einerseits von dem Obersten Rat der Entente und andererseits bei den Friedenspräliminarien von den Polen selbst erhoben worden sind. Mit Recht weist nun Tschitscherin darauf hin, daß es in erster Linie von der englischen Regierung abhängt, ob der Friede zustandekommt oder nicht. Galtär die englische Regierung nicht klipp und klar, daß sie an ihrem bisherigen Programm festhält, so erbringt sie damit den Beweis, daß es ihr mit ihren früheren Erklärungen nicht ernst war und daß sie sich vollständig in das Fahrwasser der französischen und polnischen Kriegstreiber begeben hat.

Die Erklärungen Tschitscherins gewinnen noch dadurch an Bedeutung, daß er im Namen der Sowjetregierung erklärt, die ostgalizische Frage sei von keinem besonderen Interesse für Sowjetrußland. Diese Frage bildet bekanntlich einen heftigen Streitpunkt zwischen Polen und der Ukraine, während andererseits über die Zuweisung Ostgaliziens an Polen eine starke Differenz zwischen England und Frankreich besteht, die auf die gegensätzlichen wirtschaftspolitischen Interessen der Entente-Staaten zurückgeht. Die Ukrainer machen mit Recht geltend, daß die große Mehrheit der ostgalizischen Bevölkerung ukrainisch sei, und daß Ostgalizien eines der wichtigsten kulturellen Zentren der ukrainischen Republik bilde. Die Polen dagegen versteifen sich auf den Besitz Lembergs, die Hauptstadt Ostgaliziens, und wollen um keinen Preis die Privilegien der herrschenden polnischen Junkerschicht in Galizien preisgeben. Vom Standpunkte der Interessen der neuerrichteten ukrainischen Sowjetrepublik ist es ein großes Opfer, wenn Tschitscherin nun in der Frage Ostgaliziens sein Desinteressement erklärt. Er tut dies, um auch den letzten Vorwand zu beseitigen, daß Rußland angeblich imperialistische Ziele verfolge, und so auch dieses Hindernis auf dem Wege zum Frieden fortzuräumen.

Von der englischen Regierung hängt es nun in erster Linie ab, daß sie diesen Standpunkt Sowjetrußlands würdigt, und daß durch entsprechende Erklärungen dazu beiträgt, daß eine Verständigung zwischen Polen und Sowjetrußland zustandekommt.

Ein Funkspruch Tschitscherins

M. Warschau, 7. September.

Die Presseabteilung im Ministerium des Äußeren teilt mit: Am 6. d. Mis. traf ein Funkspruch Tschitscherins ein, in welchem dieser

nene Garantien für die Konferenz in Riga fordert. Tschitscherin bestätigt den Empfang der durch den polnischen Gesandten in Riga übermittelten Zusage der lettischen Regierung und verlangt weiter, daß sich die von ihr zugesicherte Integrität nicht nur auf die Hauptdelegierten, sondern auch auf das Hilfspersonal und die Räumlichkeiten der Delegation erstrecken soll. Außerdem verlangt er Garantien für das Zusammenwohnen der gesamten Delegation. Darauf hat die polnische Regierung durch Funkspruch geantwortet, daß, trotzdem derartige neue Forderungen das Zustandekommen der Konferenz nur verzögern, der polnische Gesandte in Riga angewiesen worden ist, auch diese neue Forderung der lettischen Regierung zu unterbreiten und das Ergebnis sofort nach Moskau zu berichten.

Die polnischen Wünsche

M. Warschau, 7. September.

Das der Obersten Heeresleitung nahesteheende Blatt „Kad i Wojsko“ (Staat und Heer) schreibt: Das Programm für die Behandlung der Ostfragen umfaßt die Forderung der ethnographischen Grenze für Polen. Da nun aber die Curzonlinie weder militärisch noch politisch befriedigt, muß Polen eine Linie erstreben, die sich grundsätzlich der Curzonlinie anschließt, aber doch die erforderlichen Änderungen aufweist. Eine solche Grenze würde auch die Stellung Polens in der Frage der Westgrenze, besonders im Hinblick auf Oberschlesien und Danzig, bedeutend stärken. Von Rußland müssen wir eine Annullierung der polnischen Teilungen verlangen. In diesem Falle bleiben zwischen Polen und Rußland große Gebiete, die Ukraine, Weißrußland und Litauen übrig, die zu unabhängigen Staaten gemacht werden müssen. An Litauen dürfen nur dann Gebiete mit polnischer Bevölkerung abgetreten werden, wenn Litauen für diese die nötige Selbständigkeit gewährleistet und sich eng an Polen anschließt. Die Ukraine muß sich selbst eine Regierung auf demokratischer Basis wählen, und zwar unter internationaler Aufsicht und Beteiligung Polens und Sowjetrußlands. Weißrußland muß durch allgemeine Wahlen auf demokratischer Grundlage selbst über seine Regierungsform entscheiden dürfen.

Den Polen ist in der Tat der Ramm sehr stark geschwollen. Sie benehmen sich ganz wie ihre Versailler Lehrmeister, indem sie allen Nachbarvölkern das Glück einer von Polen und der Entente diktierten „Unabhängigkeit“ beschreiben möchten. Diese Unabhängigkeit würde die Völker in ein nahes Verhältnis zu Polen bringen und somit eine polnische Vorherrschaft im Osten begründen. Wer mit solchem Programm zu den Friedensverhandlungen geht, muß von vornherein als verächtlich gelten.

Uneinigkeit in Warschau.

M. Kopenhagen, 7. September.

Aus Warschau wird über Danzig gemeldet: Die Uneinigkeit zwischen den linken Parteien, die einen baldigen Friedensschluß mit Rußland wünschen, und den Konservativen, die sich einem Friedensschluß widersetzen, ist in ein akutes Stadium getreten. Die Verhandlungen zwischen der Interministerialen und der Friedensdelegation sind bisher ergebnislos verlaufen, sodaß die Abreise der Friedensdelegation nach Riga dadurch um mehrere Tage verzögert wird.

Die Arbeiterdelegation in Riga

M. London, 7. September.

Der Versuch des Arbeiterrates, Arbeitervertreter nach Riga zu entsenden, ist eine Folge 1. eines Appells der polnischen Sozialisten an die englischen Arbeiter, ihrer Sache Verständnis entgegenzubringen, 2. einer Anregung von russischer Seite, 3. des Wählens der Verhandlungen von Winst, 4. der widersprechenden Mitteilungen und Beröffentlichungen der verschiedenen Parteien und 5. des Wunsches, zu verhindern, daß die englischen Arbeiter auf falsche Fährte gelenkt werden.

Der Moskauer Sowjet an das englische Proletariat

Christiania, 1. September. („Kosta“, Wien.)

Aus Moskau wird vom 31. August gemeldet: Im Moskauer Sowjet wurde nach Anhören der Informationen Miljutins, der kürzlich aus England zurückgekehrt war, beschlossen, die Arbeiterklasse Englands anlässlich ihrer proletarisch-soldatischen Stellungnahme für Sowjetrußland zu begrüßen. In der Begrüßungsadresse wird hervorgehoben, daß die polnischen Weisgarder trotz der von den französischen und englischen Regierungen erhaltenen Hilfe von der roten Armee hart bedrängt werden, und daß die russischen Arbeiter und Bauern, so wenig sie an Eroberungen oder an die Zerschmetterung der Unabhängigkeit Polens denken, den Willen und die Kraft haben, sich der Annosungen aller imperialistischen Mächte zu erwehren. Mit besonderer Befriedigung hat der Moskauer Sowjet von der Bildung des englischen Aktionskomitees und von dem Beschlusse, eine englische Intervention durch den Generalfreieil zu verhindern, Kenntnis genommen.

(Siehe auch 3. Seite.)

Der ostpreussische Selbstschutz

Aus Königsberg wird uns geschrieben:

Dem Oberpräsidenten Dr. Siehr ist es nicht angenehm, daß er den agrarischen Selbstschutz Ostpreußens, die „Orgeß“, anerkannt haben soll. Seine in die Welt gesetzten Demontis sind jedoch nur ein Streit um Worte.

Die „Auflösung“ der Orgeß besteht nur auf dem Papier. Dieses wird von Dr. Siehr selber durch die Erklärung bestätigt, daß ihre Mitglieder in den staatlichen Selbstschutz und Grenzschutz übergetreten sind. Aus der „aufgelösten“ und nicht entwaffneten — von vornherein geschwunden — Einwohnerwehr wurde die Orgeß, aus der Orgeß wird jetzt ein staatlicher Schutz! Neue Etikette, weiter nichts. Die Arbeiter erkliden mit Recht in allem nur einen planmäßigen Aufbau und Bewaffung der Konterrevolution. Geschwunden ist der Siehrsche Selbstschutz ebenso, wie die Orgeß und die Heinecke Einwohnerwehr.

Sehr interessant ist, daß Dr. Escherich bei der „völligen Einigung“ zwischen Orgeß und Siehr mitgewirkt hat. Siehr selber ist diese Tatsache anscheinend unbekannt gewesen. Er stellt nämlich entgegen einer von Escherich verbreiteten Nachricht in Abrede, daß die Einigung unter dessen „tätiger Mitwirkung“ erfolgt sei. Dieser habe ihn erst zwei Tage nach der Einigung besucht, ohne mit ihm Verhandlungen zu pflegen. Die Rechtspresse stellte demgegenüber sofort folgendes fest:

„Dr. Escherich hat in der Tat sehr viel dazu beigetragen, daß die Einigung zustande kam; zwar nicht durch persönliche Verhandlungen mit dem Oberpräsidenten — wovon in der Meldung gar nicht gesprochen wird — wohl aber durch seine Mitwirkung bei den entscheidenden Besprechungen der Vertrauensmänner des Selbstschutzesverbandes, an denen auch Angehörige mehrerer im Provinzialwehrausschuß vertretenen Parteien teilnahmen.“

Escherich hat also das Ding hinter den Kulissen „geschoben“. Erst als die Einigung, d. h. die Einwidlung des Oberpräsidenten perfekt war, zeigte er sich diesem in einem „kurzen Besuch“. Ob er wirklich weiter nichts wollte, als etwa nur dessen verblüfftes Gesicht sehen?

Als Escherich in Königsberg weilte, erschien übrigens in der Stinnes-Presse eine Abhandlung über ihn und seine Orgeß von dem Reichstagsabgeordneten Brüninghaus, in dem es heißt:

„Ich selbst bin überzeugt, und mit mir hoffen es meine Parteifreunde, daß die Orgeß die letzte kritische Zeit überdauern wird, wenn nicht anders, dann mit energischer Hilfe der Reichsregierung, und daß sie später ihren vaterländischen Zielen ungefährdet nachgehen können.“

In Ostpreußen ist jedenfalls die Orgeß Trumpf. Sie wird es nach der Einigung noch mehr werden, da sie ja nun behördlich „übernommen“, also anerkannt ist.

Interessant ist die Entwicklung der Dinge. Die Orgeß schrieb darüber unterm 17. August:

„Der Selbstschutz Ostpreußens wurde seinerzeit ins Leben gerufen, bald nachdem durch Verfügung des Reichspräsidenten die Einwohnerwehren aufgelöst waren. (1) Die Orts- und Kirchspielführer sind fast durchweg die alten Führer der Einwohnerwehren. Die alten Einwohnerwehren bilden im allgemeinen geschlossen den Grundstock für den privaten Selbstschutz.“

Der Oberpräsident behauptet, durch die Organisierung des privaten Selbstschutzes, die gegen seinen Willen erfolgt sei, sei Beunruhigung in der Bevölkerung getragen, und er müsse durch eine behördliche Anziehung des Selbstschutzes diese Beunruhigung unterdrücken. Tatsächlich erhielten aber am 3. Juli die Kreisräte durch den Oberpräsidentenrat Grimmeck (Stellvertreter und rechte Hand des Oberpräsidenten — Verf.) die Anweisung, die Einwohnerwehren aufzulösen und an ihre Stelle private Selbstschutzverbände zu setzen.

Dieser Meldung ist nicht widersprochen worden. Das Oberpräsidium ist also mit der Bildung der Orgeß einverstanden gewesen, hat dieselbe — freilich als die Junker schon alles fertig hatten — sogar noch „angeordnet“.

Wie sieht nun der „behördlich aufgelegte“ Selbstschutz aus? Es sollen Ortswehren gebildet und ein neuer Grenzschutz aufgestellt werden. Die Ortswehren sollen gleichzeitig als Technische Nothilfe (richtiger Profithilfe) Verwendung finden. Der Selbstschutz soll also ein Instrument der Bourgeoisie gegen die Klassenbewegte Arbeiterschaft sein.

Wohinlang hat man mit allen Parteien verhandelt, auch mit den „verfassungstreuen“, die die Wiedereinführung der Monarchie auf ihre Fahne geschrieben haben. Nur die U. S. P. und die Gewerkschaften hat man nicht hinzugezogen. Diese erfahren erst davon, als alles fertig war. Sowohl unsere Partei als auch die Gewerkschaften haben dieser neuesten „Errungenschaft der Revolution“ sofort den schärfsten Kampf angelegt.

Voraussetzung für die Aufnahme in die Orgeßwehr ist, daß jemand „gut beleumdet“ (1), nicht wegen ehrenrühriger Straftaten vorbestraft, körperlich rüstig, ortsanfällig, mit der Waffe völlig ausgedient ist oder im Frieden aktiv gedient hat. Für die Aufnahme in den Grenzschutz gelten dieselben Bedingungen. Von „unzuverlässigen Elementen“ sollen die Wehren freigehalten werden. Ebenso dürfen nicht Personen in die Wehren aufgenommen werden,

die der Verfassung „grundtätlich feindlich“ gegenüberstehen. Dagegen sollen die Mitglieder der Einwohnerwehren und Selbstschutzzformationen ausdrücklich übernommen werden, „wenn sie den Bedingungen entsprechen“.

Die Aufnahme erfolgt durch Ortswehr-, Bezirkswehr- und Kreiswehr- und Kirchwehrausschüsse, die aus sieben Mitgliedern bestehen. Alle im Kreise vertretenen Parteien, die auf dem Boden der Verfassung stehen, müssen in ihnen vertreten sein. Selbst wenn man unsere Partei beistimmen wollte und diese eine Beteiligung auch nicht selber ablehnen würde, so würden die bürgerlichen Parteien in diesen Ausschüssen immer die Mehrheit haben. Dazu kommt, daß die bürgerlichen Vertreter noch aus anderen Gründen (freie Zeit usw.) gegenüber den Arbeitern im Vorteil sind. Die Aufnahme soll erst nach „gründlicher Prüfung der Unterlagen und nach eingehender Information“ erfolgen. Zur Aufnahme sind mindestens vier Stimmen erforderlich. Die Wehrausschüsse sind verantwortlich für die „Freihaltung von unzuverlässigen Elementen“. Wer also bei der Aufnahme alle Klappen umschiffet hat, kann wieder jederzeit ausgemerzt werden.

Die Ausschüsse werden vom Landrat auf Vorschlag der Kreisräte unter Zuziehung der Gemeindevorsteher usw. ernannt.

Die Tätigkeit dieser Ausschüsse wird durch Kreiswehrausschüsse kontrolliert. Diese bestehen aus sechs Personen, welche auf Vorschlag des Landrats vom Provinzialwehrausschuss ernannt werden. Letzterer besteht aus zehn Personen. Ernnt sind zwei Rechtssozialisten (Landtagsabgeordneter Seemann und Bezirksleiter des Landarbeitervereins Jäder) und acht Bürgerliche. Die Bürgerlichen hatten es entschieden abgelehnt, „sich irgendeinem Einfluß der sozialdemokratischen Partei oder der Gewerkschaften zu unterstellen“. Das hindert aber die S. P. D. nicht, trotzdem mitzumachen. Dabei hatte ihre Generalversammlung als Voraussetzung für eine Beteiligung ausdrücklich parteiliche Zusammensetzung aller Ausschüsse und Ausschluß der Organe gefordert. Es scheint dort auch schon die vielgeschmähte Diktatur einzelner Führer zu herrschen.

Der Kreiswehrausschuss soll auch die Zusammensetzung der vorhandenen Wehren ständig kontrollieren und die Auflösung der Wehren beim Landrat (1) veranlassen, die in der Mehrheit ihrer Mitglieder „nicht auf dem Boden der erlassenen Bestimmungen stehen“.

In den kreisfreien Städten dürfen Ortswehren nicht aufgestellt werden. Dort werden nur Wehungen für die Grenzwehr entgegengenommen. Durch diese Ausnahme sollen angeblich „für den Fall der höchsten Not möglichst zahlreiche Kräfte für den Wehrdienst an der Grenze freigestellt“ werden. Das ist freilich ein höchst schwindelhaftes Manöver. In den Orten, wo große Arbeitermassen vorhanden sind, diesen keine Waffen in die Hände geben. Herr Siehr kann unbefragt sein, die Arbeiter der Städte laufen nicht noch einmal nach der Grenze wie 1914, wenn es unseren Herrschenden beliebt, sich etwa in einen neuen Krieg einzulassen.

Als Wehrführer sollen nur Personen gewählt werden, die die „erforderliche Erfahrung“ haben. Das Instrument wird also den Offizieren in die Hände gespielt. Die Wehrführer der Organe sind noch „fast ausnahmslos“ die früheren Führer der „ausgestoßenen“ Einwohnerwehr; sie bleiben auch die Führer des stehenden Selbstschutzes. Denn um diese Frage drehte sich ja die Einigung.

Die Wehr bezweckt den „Schutz des Deutschtums“ im Osten, die „Aurechterhaltung der Neutralität“ und der „Ruhe und Ordnung“ (ursprünglich etwas deutlicher ausgedrückt: den „Schutz von Person, Arbeit und Eigentum“).

Das Aufgebot der Wehr erfolgt, wenn Sicherheitspolizei und Reichwehr nicht in der Lage sind, „Ruhe und Ordnung“ aufrecht zu erhalten, ferner „bei Gefahr für Leben und Eigentum“, sowie bei „Störungen des öffentlichen Verkehrs“. Auf dem platten Lande sind in diesen Fällen Ortswehrführer und sogar auch die Führer der Unterabteilungen berechtigt, Teile der Ortswehr selbständig aufzubieten. Jedem Arbeiter muß es klar sein, daß dieser Aufruf unbedingt bei Landarbeiterstreiks, sowie bei Streiks im Verkehrsgewerbe usw. geschehen wird. Die

Wehren sollen also auch als Technische Profithilfe verwendet werden. Wehrmänner oder ganze Wehren, die diese Streikbrecherarbeit oder den Schutz von Streikbrechern verweigern, werden wegen Gehorsamsverweigerung entlassen und entwaffnet — wenn sie überhaupt in den Besitz von Waffen gekommen sind!

Wehrmänner haben im Dienst die Rechte eines Hilfs-polizeibeamten. Personen, insbesondere Streikende und Streikposten, die sich ihnen widersetzen, machen sich insolge dessen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig und werden nach den harten Bestimmungen des Strafgesetzbuches bestraft.

Die Leitung der Wehren befindet sich in den Händen der reaktionären Kreisräte, die bisher Führer der Einwohnerwehren waren. Ueberhaupt ist der neue Selbstschutz nach dem Muster der Einwohnerwehren aufgebaut und erweitert worden — ebenso wie die Organe!

Wenn Herr Siehr sagt, die Organe ist aufgelöst und existiert nicht mehr, es gibt nur noch einen beherrschenden Selbstschutz, so sagen wir, den Arbeitern ist es gleich, ob die geschwundene Bewaffnung des Bürger- und Junkertums nach Eberich oder Siehr benannt wird. Beide waren in dem Ziel einig, ein Instrument gegen die flavenbewußte Arbeiterschaft zu schaffen. Siehr hat die Geheimorganisation der Junker durch sein Werk nur legalisiert. Er übernimmt sie und baut sie mit Staatsmitteln weiter aus.

Wir wollen keine weiße Garde, keine Technische Nothilfe und keine neuen Baltikumer! Darum fort mit dem Selbstschutz!

Sie freuen sich!

Wir haben bisher darauf verzichtet, die Äußerungen der bürgerlichen Presse über die Auseinandersetzungen in der Unabhängigen Sozialdemokratie wiederzugeben, denn sie zeigten zum großen Teil von der Unfähigkeit der bürgerlichen Politiker, den Inhalt des Kampfes, den jetzt unsere Partei erlebt, zu verstehen. Heute sei eine Ausnahme gemacht. Die „Post“, das Blatt der Schwerindustriellen Scharfmacher, schreibt in ihrer heutigen Morgenausgabe folgendes:

Nach wenn die Linke innerhalb der U. S. P. über kurz oder lang offiziell aus der Partei ausscheidet, wird damit der Radikalismus aus dieser Partei keineswegs ausgeschaltet, und man wird auch ferner ein wachsam Auge auf die „gereinigte“ U. S. P. haben müssen. Vom parteipolitischen Standpunkt aus betrachtet bedeutet der Krach in der U. S. P. eine große Blamage: das Proletariat, das sich bei jeder Gelegenheit seiner Geschlossenheit rühmt, ist, wie man sieht, in Wahrheit nicht einmal in den politischen Prinzipien und Methoden einig. Dem deutschen Bürgertum kann diese Uneinigkeit nur willkommen sein, denn sie schwächt die Schlagkraft des Proletariats und bedeutet einen heilsamen Dämpfer gegenüber allen zu hoch gesteckten Zielen.

In diesem Falle muß man dem reaktionären Blatte recht geben. Je ungestümer das Proletariat sich gegen die Köpfe einschlägt, desto günstiger werden die Aussichten der Bourgeoisie, die Arbeiterschaft wieder völlig unter das alte Joch zu bringen. Nicht umsonst hat Karl Marx das kommunistische Manifest mit den Worten geschlossen: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ In dieses Wort sich zu erinnern, ist jetzt mehr denn je die Pflicht jeden Arbeiters. Wer in dieser Stunde das Proletariat aus dem Spalt, der besorgt die Geschäfte des Bürgertums!

Aus der kaiserlichen Republik

Wir leben in einer „Republik“. Die Mitglieder des früheren Kaiserhauses und der anderen Königl. herzoglichen und fürstlichen Häuser sind zwangsweise in den Ruhestand versetzt worden. Die oberen Bespärden scheinen aber davon noch nichts gehört zu haben, sonst könnte man sich nicht das nachstehende Telegramm erklären, das von der Eisenbahndirektion Münster an die Bahnhöfe Stendal, Bielefeld, Bielefeld, Hannover, Minden und Böhme gerichtet worden ist:

Am Dienstag, den 17. August, reist die frühere Kronprinzessin und Begleitende im Salon 20 Berlin mit D 172 nach Ammerort. 12 Karten erster Klasse werden gelöst. Zug ist pünktlich durchzuführen. (gez. Müllendorff.) Es ist rührend, welche Rücksichten auf die frühere Kronprinzessin

genommen wird. Gewöhnliche Sterbliche müssen sich in überfüllten Zügen herumdrücken, für die Arbeiter insbesondere sind die schlechtesten Wagen 4. Klasse noch gut genug. Wenn aber so eine Kronprinzessin reist, dann wird sofort ein Salonwagen zur Verfügung gestellt und es ergeht telegraphisch Anweisung, daß der Zug pünktlich durchzuführen ist.

Die monarchistischen Herrschaften haben es in der kaiserlichen Republik fast noch besser, als unter der früheren Staatsverfassung.

Müllendorffs Angst vor der Wahrheit

Der Verlag „Gesellschaft und Erziehung“ veröffentlicht in diesen Tagen die Schrift eines höheren Offiziers, der Herrn Müllendorffs Taten und Charakter unter die Lupe nimmt. Er kommt dabei zu getragenen vernünftigen Resultaten in Bezug auf die Wahrheitsliebe dieses freilich jetzt schon angeschimmelten Nationalhelden. Der Verfasser schreibt, daß das Kennzeichnende an Müllendorff seine Scheu vor der Wahrheit gewesen sei, welche Beobachtungen ja durch die Art seiner Kriegserichterstattung und Memoirenschreiberei vollauf bestätigt wird. Die Lüge im Kriege habe das Volk zermürbt und sei mit aller Raffinesse gepflegt worden:

Das wurde nun unter Müllendorff nicht anders, ja immer schlimmer; Lüge wurde zum Karottikum, zur Fahne und zum Schiboleth „deutschnationaler“ Gesinnung. Auch Müllendorff konnte nicht so das Volk gesehen haben, wenn er nicht der Spiegel gewesen wäre. Er glaubt, daß das Volk die Wahrheit liebt, weil er sie selber liebt. Er gebietet zu jenen Naturen, die das Schlangenhaupt der Gegenseite nicht erblicken können, ohne an ihm zu erkranken, die sich Zweifel nicht haben lassen dürfen, da er sie zertrübt. In der Gefahr schließen sie die Augen, schlagen um sich und rufen Sieg.

Die Wahrheit dieses Charakterbildes wird man nach allem, was man bisher mit Müllendorff erlebt, nicht bezweifeln können. Wozu ja noch kommt, daß er nicht nur virtuos lügen kann, sondern auch noch persönlich ein Fegling ist, der jedesmal auskniff, wenn die Situation für ihn dringlich wurde. So nach Ausbruch der Revolution, so nach dem Zusammenbruch des von ihm geförderten Kapp-Putschs, nachdem er die Kapp und Wittich „um Durchhalten“ aufgefodert hatte. Man braucht die Deutschnationalen und ihre geheime Kampforganisation wirklich nicht um diesen „Führer“ zu beneiden, der bei jedem anderen Volke es wohl nicht wagen dürfte, so anmaßend aufzutreten, wie er es in der demokratischen deutschen Republik ungestraft tun kann.

Hebung des Handwerks

Die Korrespondenz „Dena“ berichtet: Wie wir in Erfahrung bringen, hat sich das Reichswirtschaftsministerium jetzt endlich entschlossen, eine besondere Abteilung für die Hebung des Handwerks einzurichten. An der Spitze dieser Abteilung wird ein Ministerialdirektor stehen. Für den neuwählenden Posten sollen bereits mehrere sachkundige Kandidaten vorgeschlagen worden sein, darunter auch ein bekannter siddischer Demokrat, der als energischer Mittelstandspolitiker in Handwerkskreisen allgemeine Achtung genießt.

Den Talenten dieser neuen Abteilung und der energischen, siddisch-demokratischen Mittelstandspolitiker muß die Arbeiterschaft größte Beachtung schenken. Wir können den Handwerkern gewiß das Leben, aber uns graut, wenn wir von Hebung des Mittelstandes hören. Alle Maßnahmen zu diesem Zweck laufen in der Regel hinaus auf reaktionäre zünftlerische Leistungen und eine verhärtete Ausbeutung und Rechtlosmachung der im Handwerk beschäftigten Arbeiter und — vor allem — der Lehrlinge.

Witwinow nach Rußland abgereist. Nach einer Meldung aus Stockholm ist Witwinow nach Rußland abgereist. Die schwedische Regierung erteilte ihm die Zustimmung zur Durchreise durch Schweden; er darf aber nirgends im schwedischen Bereich Aufenthalt nehmen.

Mitgliedschaften für Deutschland. Wie aus Rom an den „Matin“ gemeldet wird, hat Italien die Bezahlung des 7. Teiles der Anleihe an sich genommen, die die Alliierten Deutschland bewilligt haben, jedoch Italien vom 1. des Monats an 6 Monate hindurch die Summe von 21 Millionen zu bezahlen haben werde.

Die amerikanische Anleihe an Frankreich. Die amerikanische Anleihe an Frankreich wird 100 Millionen Dollar betragen. Sie wird eine Laufzeit von 20 Jahren haben und mit 10% verzinst werden.

Das neue spanische Ministerium. Das neue spanische Kabinett setzt sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Borrich und Leuzeres Dato, Staatsminister de Lemay, Minister des Innern Buguñal, Finanzen Vasquez, Krieg Serrano Eca, Pöfentliches Unterrichtsweisen und Marine de Portagre, Justiz Ordonec und Arbeit Canale.

Der Grizzlybär

(Mein erster Traum beim Militär.)

In Hott, den Covertcoat an, sehe ich auf dem Bahnhof Charlottenburg. Der Bahnsteig ist überfüllt von Menschen. Wo er nicht überdeckt ist, am äußersten Ende, wartet eine Abteilung Soldaten, anscheinend Landstürmer älteren Jahrgangs, Urlaubser oder Ersatz, der zur Front soll. Bärtige gedrungene Gestalten, meist rotblond. Ihre Gewehre stehen in Pyramiden gerade noch unter der Bahnsteigbedachung. Es beginnt zu regnen. Die Soldaten, in Doppelreihen angeordnet, werden nach einer Unterbrechung sich offenbar nicht anregen lassen. Er tritt einfach aus der Reihe heraus. Sein Vorgesetzter gerät mit ihm in Streit, nach wenigen Augenblicken so heftig, daß er den Mann unter Zuhilfenahme zweier Bahnangestellten verhaften und abführen läßt. Doch wie man nun ihn auf uns zuführt, an den Gewehrpyramiden vorbei, ergreift er rasch ein —

und im selben Augenblick schreut er etwas ein, die Uniform wird zu einem lehmgrauen zottigen Fell, die Vorderarme verlängern sich, der Schädel reckt sich höher als zwischen ungeheueren Schutzhelmen schräg nach vorne.

In wenigen Sekunden hat sich der Verhaftete in ein Tier verwandelt, halb Orang-Utang, halb Grizzlybär. Er steht auf den Hinterfüßen. Wir Wartenden stauen uns nach rückwärts, gebannt vom wie wahrhaftig starrenden Blick des auf uns zuschreitenden Affenbären. Da: ein Schrei letzten Entsetzens bricht zugleich aus vielen verzerrten Gesichtern! Das zottige Tier zielt, die Brustung der vom Bahnsteig herabstührenden Treppe als Anschlag benutzend, mitten in die Menge hinein. Wir springen mit der Panik einer Herde auf den Schienenkörper hinunter, ich als letzter von dem nun menschenleeren Bahnsteig. Schrottschüsse lauten über unsere gebuckelten Rücken. Das Rennen hat aufgehört, alles verharret jetzt in Dichtung, erschöpft, fast reglos — da wird es unheimlich dunkel, ein Schatten gleitet: unter schauderndem Metallgeräusch läuft ein in den Rücken der erwartete Zug.

Wach, schwergehabet lag ich im Schlaftal der Kaserne zu Benthin, D. S., zwischen schnarchenden Soldaten. Atmen war Qual, so stank die Luft. Und wie es mir langsam bewußt wurde, daß dies die erste Nacht beim Militär ist, daß zahllose vielleicht folgen werden, ja, daß wohl erst einige Stunden dieser Nacht verfließen sind, da erlitten mir der soeben im Traum erlebte Tod annahmbarer, als diese Wirklichkeit zwischen schnarchenden Sklaven.

*) Aus „Tragödien der Nacht“, Träume von Wieland Herzfelde (Ratib Verlag Berlin). Dieses Bändchen mit den charakteristischen Zeichnungen von George Grosz enthält Träume aus dem Abendgelenkerhoffer Wirklichkeit, die zu übernatürlich phantastischen Visionen gesteigert sind.

Das Winterprogramm der großen Volksooper

Die Große Volksooper, von deren Gründungsplan an dieser Stelle schon die Rede war, ist im letzten Winter mehrfach mit Veranstaltungen an die Öffentlichkeit getreten, die der Propagierung des Gedankens dienen sollten. Inzwischen hat die Vorbereitungsarbeit erfreuliche Fortschritte gemacht. In ganz Groß-Berlin sind etwa 600 Bestellen erteilt, die Zeichnungen entgegengenommen, und in den ersten zwei Monaten dieser Werberbeit ist bereits über eine Million Mark in Anteilen gesammelt worden. Um den Anteilgeheimen sofort, schon vor der Eröffnung der Oper selbst, den Genuß guter musikalischer Darbietungen zu billigen Preisen zu ermöglichen, hat die Große Volksooper für den kommenden Winter ein umfangreiches künstlerisches Konzertprogramm festgelegt, zu dessen einzelnen Veranstaltungen die Anteilnehmer jeweils Karten zu sehr billigen Preisen erhalten. Vorgelesen ist u. a. ein Zyklus von 6 Konzerten in der „Neuen Welt“, bei denen unter der musikalischen Leitung von Blech, Schillings, Ritsch, Wud und unter Mitwirkung des Philharmonischen und Bläser-Orchesters, des Dom-Chors und von Solisten, wie Helene Wildbrunn, Melonie Kurt, Gertha Stoltenberg, Barbara Kemp, Karl Krüger, Josef Mann, Eduard von Winterfeld, die IX. Symphonie, Werke Wagner, Werke Verdi und Puccini, Schillings und Straußens, klassische Operetten in organischer gegliederter Zusammenstellungen zur Wiederabgabe gelangen sollen. Im „Narmosaal“ finden 6 Opernabende mit Orchester statt, bei denen neben den schon erwähnten Künstlern noch andere hervorragende Solisten mitwirken. Für den „Bläser-Saal“ sind 6 Konzerte mit dem Bläser-Orchester unter der Leitung von Scheinplig arrangiert, der sich damit von Berlin verabschiedet. Sie bringen die IX. Symphonie, Mahlers Lied von der Erde mit der Leiser und Waldemar Henke, Schumanns Konfession mit Ludwig Wöllner, einen Brahms-Abend mit Fritz Busch und einen Tschaisowski-Abend. Ein Konzert des Dom-Chors unter Rüdell, ein Niederabend und einige Konzerte in der Philharmonie ergänzen das Programm. Ihrem Zweck, hauptsächlich weniger Bemittelten diese Kunst zu bieten, kommt die Volksooper jetzt schon näher durch Abgabe einer großen Zahl billiger Karten an die verschiedensten Berufsorganisationen.

„Die Scheidungsreise“, ein gleichgültiger Schwank mit musikalischer Umrahmung, gibt jetzt (im dunklen Spiel mit Trude Hesterberg und anderen) im Künstlertheater Berlin stärksten Komiker, Max Adalbert, aufs neue Gelegenheit, die lustigsten Capriolen zu schlagen. Hier ist ein von unerlöschlicher Natur sprudelndes Talent in Gefahr, als Spasmacher zu verwallen, was nach höherer künstlerischer Gestaltung schreit. Also, lieber Max Adalbert, erinnern Sie sich an Ihren „Vaterich“ und andere Köstlichkeiten, die Sie uns schenken, schaffen Sie sich und uns neue Rollen dieser Art und Ihre Volkstümlichkeit wird dann über Berlin W. W. hinaus noch wachsen.

Proletarische Feierstunden

In der Sonntags-Veranstaltung der „Proletarischen Feierstunden“ im Großen Schauspielhaus hatten unsere Genossen Gelegenheit, das tschechische philharmonische Orchester aus Prag kennen zu lernen. Die Musiker hatten sich während ihrer diesigen Berliner Konzerte freudig bereit erklärt, vor der revolutionären Berliner Arbeiterschaft zu musizieren, ein tatkräftiger Beweis für die unter ihnen herrschende sozialistische Gesinnung. In einführenden Worten gab Genosse Stöckinger eine kurze Erklärung zu der Geschichte des tschechischen Volkes, und erklärte die Werke unter Betonung ihrer soziologischen Zusammenhänge. Das Orchester spielte unter seinem jungen Dirigenten Scha! mit raffinem Schwingung drei symphonische Dichtungen des tschechischen Komponisten Friedreich Smetana und die pathetische Symphonie des Russen Tschailowsky. Die „Proletarischen Feierstunden“, die mit der Arbeiter-Marschallade und der österreichischen Arbeiter-Hymne eingeleitet wurden, sind durch diese Veranstaltung um ein gutes Stück weiter geführt worden.

Von der Oper zum Metropoltheater

Zimmerlin — das Auftreten der in Berlin und darüber hinaus geschätztesten deutschen Opernsängerin auf einer Operettenbühne war bemerkenswerter als die neue Operette Emmertich Komler, die von Wien aus ihren erfolgreichen Lauf nahm. Sie heißt diesmal „Das Hollandweibchen“ und spielt hinter der von musikalischen Einfällen funkelnden „Caradasfürstin“ des ungarischen Komponisten erheblich zurück. Eine schwächere Arbeit, die aber mit allerhand humorigen Zutaten aufgeputzt, ihren leichtlebigen Zweck erfüllt. Nach einem penälschen heißen ersten Akt, der „bei Jose“ spielt, verkleidet sich die Operettenprinzessin in ein holländisches Mädel und findet in dem fleidamen besten Gemüthel den blaublichtigen Liebsten. Man hätte in der Generalintendantur unserer Staatsoper nach dem Kontraktbruch der Du z einen anderen Ausweg suchen und finden sollen, als sie gerade dem Metropoltheater freizugeben, wo sie in dem für sie neuen Fach der ihr darin weit überlegenen Massary im Spiel nicht recht aufkommen und sich auch gelanglich trotz ergänzender Ueberarbeit der Partitur nicht so frei entfalten konnte, wie es ihre wundervolle Stimme verlangte. Man spürte Zurückhaltung und ähnte hemmende Verdrückung, die die Freude an dem herrlichen Gesang ein wenig trübte. Man jubelte ihr zu, wie einst — und hoffentlich bald wieder — in der Oper. Mit sprechender und singender Bravour waren Fritz Werner aus Wien bei anstehend guter Laune, Molly Wessely von Soubrettehaft sprühend ausgelassenheit, Guido Tiescher, der broßig-rundliche Komiker, und Albert Kugner, ein stramm durchhaltender Tenor. Die Vorstellung währte über vier Stunden — so lange Dauer

Die Berliner Eisenbahner-Betriebsräte und die Transportkontrolle

In einer stark besuchten Versammlung der Betriebsräte der Eisenbahn-Direktion Berlin berichteten gestern Abend im Gewerkschaftsraum die Genossen Sabath über die Berliner und Dr. Rosenfeld für die Reichstransportkommission über die gegenwärtige Situation. Mit aller Schärfe wandten sich beide Redner gegen die Erlasse des Reichsverkehrsministers Gruner, die einen Bruch der Verabredungen bedeuten, welche von der Reichskommission mit der Regierung getroffen sind. Der Appell der Redner an die Eisenbahner, einzig und geschlossen nach den Anweisungen von der Arbeiterschaft eingeleiteten Kontrollkommission zu verfahren und alles zu tun, um die Neutralität Deutschlands zu wahren, fand allgemeinen Beifall bei den Eisenbahner-Betriebsräten.

Dann wurde in der Diskussion von kommunistischer Seite der allerdings kläglich gescheiterte Versuch gemacht, die geschlossene Front der Eisenbahner zu sprengen. Ein gewisser Schulz von der Zentrale der R. P. D. forderte, daß die Eisenbahner auch die Ententezüge anhalten und die Union, wie es in Erfurt geschah, in die Luft sprengen sollten. Die deutschen Arbeiter sollten sich vor internationalen Verwicklungen nicht scheuen, die russische Armee würde zur Hilfe bereit. Später sagte derselbe Redner: „Ich wäre ein dummer Junge, wenn ich zum Krieg aufrufen würde.“ Schulz lag den Eisenbahnerbetriebsräten vor, daß Deutschland nach den mit der Entente abgeschlossenen Verträgen gar nicht verpflichtet sei, die Ententezüge durchzulassen. Das behaupteten nur die Führer der Arbeiter, um die Arbeiter geneigt zu machen, den Ententezügen keine Schwierigkeiten zu bereiten. Schließlich beantragte Schulz die übliche, von der Zentrale der R. P. D. überall in Deutschland durchgeführte Resolution, in der unter Anerkennung des Auftrags des Reichstransportkommissioners, und mit der Behauptung, daß die Reichskommission nur die deutsche Regierung unterstützen darf und daß sie dem Ententeimperialismus Hilfsdienste gegen Sowjetrußland leisten (!), gefordert wird, daß alle Truppen-, Waffen- und Munitionszüge angehalten werden sollen.

Es war dem Genossen Dr. Rosenfeld ein Vergnügen, diese nur auf die Unwissenheit der Zuhörer berechneten Argumentationen des kommunistischen Redners zu widerlegen. Besonders interessant war dabei, daß Genosse Dr. Rosenfeld aus einer von ihm in Erfurt abgehaltenen Versammlung berichten konnte, daß derselbe dort abgehaltene Versammlung ausdrücklich zum Krieg gegen die Entente aufgefordert hatte. Heute bezeichnet dieser Schulz die Entente als dumme Jungen, der zum Krieg aufrufe. Ein weiterer Vertreter der Zentrale der R. P. D. Genosse Rosenfeld führte aus: Die Befolgung der kommunistischen Parole, auch die Ententezüge anzuhalten und die Ententemission in die Luft zu sprengen, kann die schwersten internationalen Verwicklungen herbeiführen, womöglich den Krieg bringen. Wer den Krieg nicht will, muß auch die Verpflichtungen aus den mit der Entente abgeschlossenen Verträgen beachten, durch welche Deutschland die Durchlassung der Ententezüge aufgezwungen werden. Alle kommunistischen Nebensarten können diese Verpflichtungen nicht aus der Welt schaffen. Bezeichnend ist, daß dieselben Kommunisten, die an dem Internationalen Gewerkschaftsbund ein gutes Haar lassen, ihn als gelb bezeichnen und seine Sperrung für ihre Hauptaufgabe erklären, jetzt in der von ihnen beantragten Resolution sich auf den Aufruf des Gewerkschaftsbundes beziehen. Die Arbeiterschaft muß sich entscheiden, ob sie hinter den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen steht, welche die Transportkontrolle in die Hand genommen haben. Nur, wenn die Eisenbahner-Betriebsräte sich hinter die Spitzenorganisationen stellen, sind sie in der Lage, auch weiterhin die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen und für eine wirksame Transportkontrolle einzutreten.

Die Eisenbahner-Betriebsräte lehnten darauf gegen wenige Stimmen die kommunistische Resolution ab und nahmen fast einstimmig eine andere Resolution an, in der ausgesprochen wird, daß die Eisenbahner-Betriebsräte an dem Aufruf der Spitzenorganisationen festhalten und nach wie vor alles tun werden, was in ihren Kräften steht, um Transport von Truppen, Waffen und Kriegsgerät zu verhindern, die nach diesem Aufruf anzuhalten sind. Die Eisenbahner haben sich also fast einstimmig hinter die Spitzenorganisationen gestellt. Wenn die Eisenbahner einzig bleiben, dann wird kein Genosse imstande sein, ihre Forderungen unbeachtet zu lassen, dann wird auch die Neutralität Deutschlands gewahrt bleiben.

Schwach selbst bei bester Regie und Orchesterleitung die Wirkung. Gehört wird es für den langen Winter vorhalten, bei denen, die es sich leisten können und sich nicht entgegen lassen.

Die Volkshöhne veranstaltet im nächsten Winter 15 Konzerte, von denen je fünf den Werken Bachs, Mozarts und Schuberts gewidmet sind. Außerdem finden Beethoven-Festern und Konzerte mit zeitgenössischen Kompositionen statt. Ihre Mitwirkung haben u. a. zugezogen: Ebdia Fischer, Waldemar Büsch, Prof. Dr. Friedberg, Kammergängerin Lala Wnd., Gmeiner, Georg W. Müller, Professor Biele, das Ringler-Quartett, Alfred Blüthner, Alexander Kropffoller, Professor Brill, Fritz Weimann, Walter Dorewsky, der Berliner Domchor, der Berliner Lehrer-Gesangverein, die Kammermusikvereinigung der Staatsoper, das Blüthner-Orchester.

Die Volkshöhne und Adele Sandrod haben ihren 50. Geburtstag feiert. Die Spielzeit laufenden Vertrag in gegenseitigem Einverständnis gekündigt.

Die Leitung des Blüthner-Orchesters übernimmt Selmar Aegroich als Nachfolger des Berlin verlassenden Dirigenten Paul Schefflyng.

Am Einsteigen. In der Zeitung „Demokrat“ wird von Bern aus angezogen, Professor Einsteins an die Universität Bern zu berufen. Inzwischen hat anlässlich der jüngsten Vorgänge der schweizerischen Unterrichtsminister Dänisch einen Brief an Professor Einsteins gerichtet, in dem er „mit Schmerz und Besorgnis“ die Gedanken des großen Gelehrten gerichtet. „Beruungslustungen und Beruungen“ bedauert und ihm bittet, daß sich doch die besten für ihn einsetzen, sich häßlichen Treiben keine weitere Beachtung zu schenken. Der Inhalt des Briefes lautet: „Ich darf deshalb wohl auch der bestimmten Hoffnung Ausdruck geben, daß die Gerichte nicht der Wahrheit entsprechen. Sie wollen jener häßlichen Angriffe wegen Berlin verlassen, das soll darauf war und nicht soll darauf bleiben. Sie, hochverehrter Herr Professor, zu den ersten Helden seiner Wissenschaft zu zählen.“

Theaterstreik in Wien. Ein in Wien wegen Gehaltsforderungen am Sonntag ausgebrochener Streik der Schauspieler hat eine Versöhnung erlitten. Die Differenzen zwischen den Forderungen und den Angehörigen, die die Direktoren als die ärmsten möglichen erklärten, sind so groß, daß der Streik neben den vier Theatern, über die er zuerst verhängt wurde, auch sämtliche Privattheater ergreifen dürfte.

Schriftsteller und Dorothea. Der Richter Eichendorff schrieb am 8. Februar 1851 seinem Freunde Dorothea, der für eine mühevollen Arbeit ein schätzbare Honorar erhalten hatte: „Das schätzbare Honorar für Ihr Werk ist so reich in der Ordnung unserer buchhändlerischen Niedertracht. Auch ich habe bei den neuen Ausgaben meine diesjährigen Erfahrungen wieder mehr bewahrt als mit dem 18. Es ist ja jetzt die Zeit der Assoziationen, wäre es denn nicht irgend möglich, daß ein Schriftstellerverein in Deutschland endlich einmal gegen Blausänger ernstlich Front machte.“

Die Lage in Oberschlesien Noch immer gespannt

Nach einer Volksmeinung wird die Lage in Oberschlesien immer gespannter. Eine Reihe neuer Fälle werden weiter gemeldet. In Lipino sollte die neue paritätische Jüdische eingeleitet werden. Darauf drangen bewaffnete polnische Jüdischen in das Lokal und erklärten, sie würden die Tätigkeit der neuen Polizei verhindern. Da die deutschen Mitglieder der neuen Polizei waffenlos waren, mußten sie der Gewalt weichen. In Agoslowitz verlangten die polnischen Stadtverordneten nicht nur die Entlassung der einwirkenden Hundertschaft der neuen Abstimmungs-polizei, sondern auch die Entlassung der italienischen Besatzung. Einer polnischen Demonstrationssammlung am Ring gelang es, die Entlassung der Abstimmungs-polizei zu erwirken und auch die Italiener zunächst zum Abzug zu veranlassen. Die Italiener sind später wieder zurückgekehrt.

In der Brünzengrube bei Bogitz haben die Polen dreizehn deutsche Beamte abgegriffen und auch dort polnischen Gehirne eingeleitet. Vermittlungsverhandlungen des polnischen Reichskommissars mit der polnischen Gewerkschaft, die von der Grubenleitung angeregt waren, sind bisher vergeblich gewesen. Die Vertretung hat sich auch an General Le Mond gewandt, der jedoch ablehnte, sich in wirtschaftliche Differenzen einzumischen. Als die Vertretung erklärte, daß sie dann die Grube schließen müsse, erklärte Le Mond: „Dann dürfen Sie die Verantwortung tragen.“ Der Vertreter der Vertretung hat darauf erklärt: „Die werbe ich tragen. Die Grube befehlen mir die Schließung der Gruben, wenn keine vergeblich anerkannte Beamte da sind.“ Auf die Frage des Vertreters der Vertretung, ob die Kommission bei Schließung der Grube die deutschen Arbeiter schützen werde, schrie Le Mond: „Ein anwesender Italiener erklärte, daß eine Kompanie Italiener nach Bogitz geschickt werde.“

Von einer Waffenablieferung der Polen sei nichts zu hören. Der englische Kreisinspektor in Benthin, Major Otley, der infolge der politischen Entwicklung seinen Abschied eingereicht, aber im Gegensatz zu zwei anderen englischen Kreisinspektoren noch nicht demissioniert erhalten hat, erklärte einem deutschen Vertreter gegenüber, daß es unmöglich sei, von den Polen Waffen herauszubekommen. Er hat hinzugefügt, daß nach seiner Ansicht die Abstimmung nicht stattfinden könne, bevor die Waffen abgegeben sind.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen Eine Anklage der polnischen Regierung

II. Warschau, 7. September.

Kritisch wird durch den D. D. verlautbart: Die deutsch-polnischen Verhandlungen, deren der deutsche Außenminister Dr. Simons in seiner Rede vom 1. d. Mts. vor dem Reichstagsausschuß Erwähnung tat, reichen bis zu Anfang d. J. zurück und betreffen Fragen des Verkehrs, der Wirtschaft sowie der Auseinandersetzung und des Rechtstitels für die Uebernahme der Verwaltung in den ehemals preussischen Gebieten durch die polnische Regierung. Diese Verhandlungen haben zu keinem konkreten Ergebnis geführt, lediglich infolge des ablehnenden Verhaltens der deutschen Regierung, die letztlich noch im Mai d. J. die Konferenz abgebrochen und ihre Delegierten aus Paris abberufen hat. Die Bemühungen der zuständigen polnischen Stellen um eine Aufhebung neuer Verhandlungen sind bis zum heutigen Tage fruchtlos geblieben. So oft über den Gegenstand und den Zeitpunkt der Verhandlungen eine Verständigung erzielt war, trat die deutsche Regierung mit neuen Vorbehalten und Bedingungen hervor und vernichtete schon allein hierdurch lange und mühselige Erörterungen. Demgegenüber vertritt die polnische Regierung nach wie vor den Standpunkt, daß eine schnelle Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen im Wege von Verhandlungen in gleicher Weise für Polen wie für Deutschland unmöglich ist. Diese Auffassung teilen auch die Verbündeten Polens, deren Vermittlung die polnische Regierung in dieser Frage wiederholt angeregt hat. Berücksichtigt man diese Unterbrechung der Verhandlungen sowie die Tatsache, daß die bereits durch das Dekret des Ministers vom 10. April d. J. zugestandenen Vergünstigungen im Durchgangsverkehr durch den westpreussischen Korridor nur aus dem Grunde noch nicht in die Erscheinung treten, weil die deutsche Regierung bisher ungenügend der polnischen Genehmigung direkte Züge auf der Linie Egerst-König noch nicht verkehren läßt, so kommt man zu der Feststellung, daß die deutsche öffentliche Meinung, die angeblich durch die Schwierigkeiten bei der Ausreise oder Durchreise durch Polen empfindet, sich mit ihren Beschwerden und Forderungen nach Berlin, nicht aber nach Warschau wenden muß. Was die Art und Weise anbelangt, in der die oben erwähnten Forderungen sich Luft machen, so darf man wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß die in Warschau gegenüber dem polnischen und französischen Konsulat angewandten Methoden keine weitere Anwendung finden. Für gedankenlose und barbarische Handlungen eines von Agitatoren angeführten Pöbels, gegen wen sie sich auch richten mögen, finden wir in Uebereinstimmung mit dem Urteil aller ruhig und unparteiisch Denkenden lediglich Worte der Beurteilung, nicht aber der Erklärung.

Die deutsche Regierung wird nicht verfehlen dürfen, sich sehr eifrig zu dieser Erklärung der polnischen Regierung zu äußern.

Blutlechzende Diener der Kirche

II. Brüssel, 7. September.

Die sechs Bischöfe Belgiens, mit Kardinal Mercier an der Spitze, ließen in allen Kirchen Belgiens ein Schreiben verteilen, in dem sie vor dem graujamen und wilden Feind warnen, der Rußland mit Blut besiedet und Polen überfallen habe. Weiter heißt es in dem Hirtenbriefe, daß eine dunkle Macht sich in dem Augenblick einmische, in dem England, Amerika und Frankreich angegriffen werden, sich an die Seite des tapferen belgischen Heeres zu stellen, um der ritterlichen Nation (Polen) zu helfen.

Die „dunkle Macht“, die den frommen Ansichten der blutlechenden Reaktion Grauen einflößt, ist natürlich das sozialistische Proletariat der Welt, das sich dem Versuch der Mächte, Sowjetrußland durch Unterwerfung Polens zu verschmelzen, entgegenstellt. Gegen diese Kämpfer für den Frieden soll die wahrhaft „dunkle Macht“ der schwärzenden Internationale mobil gemacht werden. Der sozialistische „Peuple“ wendet sich gegen diesen Versuch, Belgien in den Krieg zu ziehen und weist darauf hin, daß die Bischöfe auch die Aktion der Arbeiter gegen die Durchfuhr von Kriegsmaterial für Polen bekämpfen.

Schweizer Sozialisten über Moskau

Bern, 6. September.

Die sozialistischen Nationalräte Graber und Raine lehnen in ihren Vätern die Bedingungen zum Beitritt zur dritten Internationale ab. Graber erklärt in der Sentinelle: Der Geist der Tyrannei und die drohende Sprache der Bedingungen müssen jeden empören, der nicht allen Stolz und Unabhängigkeitsstolz verloren hat.

Die Reichstagswahlen in Schweden

Die Reichstagswahlen in Schweden haben Sonnabend und Sonntag stattgefunden, nachdem der Wahlkampf verhältnismäßig ruhig verlaufen war. Im Vordergrund stand die Sozialisierungsfrage. Die Sozialisierungs-vorschläge der jetzigen sozialistischen Regierung waren, wie früher gemeldet, nicht nur von den Konservativen und den Bauerngruppen, sondern auch von den Liberalen u. a. dem früheren Staatsminister Eden, bekämpft worden. Nur eine Gruppe der Parteien der Rechten erklärte sich mit gewissen,

Sozialisierungs-vorschlägen einverstanden. Der Wahlkampf erhielt sein Gepräge durch die Zersplitterung der Parteien. Die Versuche der Konservativen, eine bürgerliche Allianz gegen die Sozialdemokraten zustande zu bringen, sind an dem Widerstand der liberalen Führer gescheitert. Auch die Bauerngruppen lehnten die grundrätliche Zusammenarbeit der Rechten ab. Eine bürgerliche Koalition kam nur in einigen Orten zustande, in denen die Liberalen und die Bauern direkte Vorteile davon haben. In etwa 20 von 56 Wahlkreisen rechnet man auf eine Zusammenarbeit der bürgerlichen. Die Sozialdemokraten, die in Rechts- und Linkssozialisten geteilt sind, dürften in einigen Kreisen gleichfalls zusammengekommen haben. Die Wahlausichten sind unsicher. Man erwartet Fortschritte der Konservativen und Freisinnigen. Die Mandatszahl der Rechtssozialisten, die augenblicklich 88 beträgt, wird, wie man annimmt, vielleicht auf 80 heruntergehen.

Der Tiszaprozess

II. Wien, 5. September.

Die militärischen Führer der Oktoberrevolution in Ungarn, der Stadtkommandant von Budapest, Hauptmann Viktor Heltai und Oberleutnant Andras Janos, die im Tiszaprozess als Hauptzeugen geführt werden, sind nach Wien geschickt und veröffentlichten in dem hier erscheinenden Blatt „Ny Ember“ Beweise dafür, daß der eigentliche Urheber der Ermordung Stefan Tiszas der gewesene Ministerpräsident Stefan Friedrich war. Das Blatt veröffentlicht Originalakten in photographischer Reproduktion, welche beweisen, daß das ungarische Militär in zwei Lager gespalten ist. Auf der einen Seite steht Heltai und Major Proyas, auf der anderen Stefan Friedrich mit den Weiskorps-Truppen Dejas und den Erwachten Ungarn. Das genannte Blatt bringt weiter die Abschrift eines eigenhändig unterschriebenen Briefes des Majors Proyas an die ungarische Gefandtschaft, in welchem er um das Verhör des Oberleutnants Andras Janos bittet, der sehr schwerwiegende und belastende Daten gegen Stefan Friedrich besitzt.

Der englische Gewerkschaftskongress

Amsterdam, 6. September.

In Portsmouth wurde heute der Gewerkschaftskongress eröffnet. Zugewogen waren 950 Delegierte, die 8 1/2 Millionen Mitglieder vertreten. Das Unterhausmitglied Thomas als Präsident hielt ein Ansprache, in der er den drohenden Kohlenstreik nicht erwähnte. Der Kongress nahm eine Entschlossenung an, in der die Entlassung des Bürgermeisters von Cort gefordert wird.

II. London, 7. September.

In der englischen Kohlenkrise stehen offenbar Verhandlungen bevor. Ein Kompromiß über höhere Löhne für gesteigerte Produktion erscheint nach wie vor als die beste Lösung. Der englische Gewerkschaftskongress wird über die Errichtung des lange vorbereiteten Generalkabts für die englische Arbeiterbewegung Beschluß fassen. Seine Hauptaufgabe soll darin bestehen, die Streiks zu lenken und bei tätlichen Arbeitskonflikten einschreiten.

Ruhe in Italien

II. Mailand, 7. September.

Der Sonntag verfiel in größter Ruhe. Die in den Fabriken verbliebenen Arbeiter hielten Propagandaverfammlungen ab. Auch am Montag war es ruhig. Es wurde nicht der geringste Zwischenfall gemeldet. Die Meldungen aus Turin, Rom und anderen Städten besagen, daß die Ruhe und Ordnung nirgends gestört wurde.

Polen und Litauen

Die Feindseligkeiten beendete

Paris, 7. September.

Savas meldet aus Warschau: Die polnisch-litauischen Feindseligkeiten sind so gut wie beendet. Die Friedensverhandlungen sollen unverzüglich in Mariampol stattfinden. — Aus Nachrichten aus verschiedenen Quellen geht hervor, daß die Bolschewiken dabei sind, ihre Streitkräfte im Norden wieder zu ordnen. Die Angriffe, die die Russen im Süden vorgenommen hatten, hatten lediglich den Zweck, die Aufmerksamkeit der polnischen Heeresleitung von der russischen Reagruppierung im Norden abzulenken.

Die Kriegslage

Paris, 6. September.

Ein Moskauer Funkpruch vom 4. da. meldet: In der Westfront bei Bresl-Litowsk dauern die Kämpfe an. In der Gegend von Wladimir Wolynsk haben unsere Truppen nördlich von Grubohow eine starke feindliche Abteilung geschlagen und mehrere tausend Gefangene gemacht. Sie vernichteten das zweite polnische Infanterie-Regiment. In der Südwestfront brachen unsere Angriffe einen feindlichen Vorstoß zum Scheitern. Der Feind wurde nach Westen zurückgeschlagen. In der Gegend von Halyk verfolgten die roten Truppen den Feind gegen den Dniestr. Im Arim-Abchnitt heftige Kämpfe. 14 Werst südwestlich Kagnast wurde eine feindliche Landungsabteilung in das Meer zurückgeschlagen. Im Süden wurden isolierte feindliche Gruppen von uns vernichtet.

Gewerkschaftliches

An die Angestellten Groß-Berlins!

Sollt Dienstag, den 31. August, befinden sich die Berliner Kohleleger und Helfer im Streik. Von der Kollegenschaft der Gesundheitsindustrie, die in Afa-Verbänden organisiert ist, wird als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt, daß sie jeder Streikarbeit, auch solche, die ihr vielleicht in irgend einer unklaren Form angehört ist, strikt verweigert. Die Kolleginnen und Kollegen dieser Branche wissen, mit welcher Unternehmlichkeit Arbeiter und Angestellte hier zu tun haben. Es ist eine Unternehmlichkeit, in der sich Schamlosigkeit und Unfähigkeit in seltener Weise mischen. Alles muß geschehen, um in entsprechender Weise die streikenden Kollegen der Dandarbeiterchaft zu unterstützen. Jeder Kollege, vor allem Mitglieder von Betriebsvertretungen und Verbandsoffiziere müssen darauf achten, daß Streikarbeit in keiner Form geleistet wird. Wo es dennoch geschieht, ist sofort der unterzeichneten Geschäftsstelle Mitteilung zu machen, die im Einvernehmen mit der Streikleitung dann das weitere veranlassen wird.

Die in großen Betrieben, Fabriken u. dgl. beschäftigten Betriebsleger und Helfer, die auf Grund eines besonderen Tarifvertrages arbeiten, über ihre Arbeit rechtmäßig aus. Der Streik ist den Kohlelegern und Helfern ausgenommen worden. Die gesamte Arbeiterbewegung muß die Streikenden unterstützen. Wir erwarten von allen Mitgliedern der Afa-Verbände vollste Solidarität. Alle zweckdienlichen Angaben sind zu richten an die Geschäftsleitung des Ortsrats Groß-Berlin der Arbeitergewerkschaft freier Angestelltenverbände, SB. 61, Belle Alliancestr. 7-10.

Freimachung von Arbeitsstellen

Von der Branchenleitung der Vorkörper der Deutschen Filmgewerkschaft wird uns geschrieben: Eine äußerst erfolgreiche und wirksame Tätigkeit auf Grund der neuen Verordnung kann der Demobilisierungsausschuß Groß-

